
Editorial

Würde man in einer Umfrage die Frage stellen, was eigentlich Politikberatung ist, so würden wohl die meisten antworten, dass hierbei die Politik Rat von externen Experten einholt. Differenzieren könnte man nach Art und Gegenstand der Beratung. Neispielsweise versprechen sich Politiker von Wissenschaftlern eine andere Form von Rat als von Kommunikations- oder Strategieberatern. Allerdings existieren Beratungsformate und -vorgänge, die in dieser Definition nicht vollständig eingefangen werden, da sie vom beschriebenen Mechanismus „Experte berät Politiker“ abweichen. So könnten sich beispielsweise verschiedene politische Einrichtungen gegenseitig beraten, Bürger könnten in Form von Wahlen oder Meinungsumfragen ihren Rat an die Politik richten und Unternehmen oder Organisationen könnten aus ihrem Umfeld Rat zu politischen wie auch ökonomischen Fragen erhalten. Diese Liste ist unvollständig, deutet aber an, dass Politikberatung ein weites Feld ist, auf dem nicht zwingend der Experte der Sender und der Politiker der Empfänger von politischem Rat sind. Einige Beispiele werden in der vorliegenden Ausgabe der ZPB zur Sprache kommen.

Die Rubrik der Aufsätze wird eröffnet von Peter Filzmaier und Flooh Perlot, die in Ihrem Aufsatz die aktuellen Trends im Wahlverhalten in Österreich darstellen und daraus ableiten, welche kurz- und längerfristigen Hinweise dieses Wahlverhalten der Politik mit auf den Weg gibt. Im Anschluss daran diskutieren René Mono, Kai Kottenstede und Eva Winteroll die wissenschaftliche Fundierung von Public Affairs: Unter der Leitfrage „Was erwarten Stakeholder von Unternehmen?“ werden die verschiedenen Dimensionen der Public Affairs mittels empirischer Erhebungen nach ihrer Wichtigkeit geordnet.

Die wissenschaftliche Ausbildung bildet den Schwerpunkt bei den Porträts der aktuellen Ausgabe. Sabine Kropp stellt die neuen universitären Masterstudiengänge „Öffentliche Wirtschaft“ und „Administrative Sciences“ an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vor. Der

großen Frage nach den Möglichkeiten der Policy-Analyse widmete sich die Master Spring Academy 2011, die Miriam Düscherhöft und André Völker vorstellen. Und Bastian Jantz, Thomas Gebhardt, Werner Jann beschreiben unter der Überschrift „Interdisziplinäre Ausbildung und Forschung für den öffentlichen Sektor“ den Profilbereich „Politik, Verwaltung und Management“ der Universität Potsdam.

Die Rubrik Praxis wird eingeleitet mit einem Interview mit Nikolas Löbel. Vor der Wahl in Baden-Württemberg war der junge CDU-Kandidat wenig bekannt und zudem im traditionell SPD-geprägten Mannheimer „Arbeiterwahlkreis“ Nord chancenlos. Durch einen innovativen Wahlkampf konnte er das Rennen jedoch über eine lange Zeit hinweg offen gestalten und dabei bundesweit Aufsehen erregen. Der Bericht von Andreas Süßmilch wiederum orientiert sich an der eingangs präsentierten These, dass es viele Formen von Beratung gibt. Eine enorm wichtige und doch nur selten öffentlich diskutierte Variante ist die Ressortforschung. Deren Herausforderungen, Merkmale und Zukunftsperspektiven illustriert der Autor anhand seiner Erfahrungen in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA).

Im Forum stellt Henrik Enderlein die Frage, ob die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages dem Anspruch genügen kann, eine breite Fachexpertise in den politischen Prozess einfließen zu lassen. Mark T. Fliegauf schließlich formuliert Thesen zur Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors und plädiert dabei für einen differenzierten Blick auf die oft gescholtene Bürokratie.

Den Abschluss des Heftes bilden die Corners mit Kurzbeiträgen zum neuen europäischen Transparenzregister, Corporate Social Responsibility in Russland und dem jüngsten Akteur in der Londoner Think-Tank-Szene. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine interessante Lektüre.